

Generaloberst a. D. Fritz Streletz zur Gewaltlosigkeit im Herbst 1989

## Die militärische Führung der DDR handelte besonnen

Als Zeitzeuge möchte ich mich zu drei Fragen äußern, die für eine wahrheitsgetreue Betrachtung der Geschichte der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR während der Ereignisse im Herbst 1989 von Bedeutung sein könnten.

1. Zur Befehlsgebung durch den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates.
2. Zur Öffnung der Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD und zu Westberlin am 9. November 1989.
3. Zur Zusammenarbeit der NVA mit der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte

**Zu 1:** Im Herbst 1989 mußten Aufgaben gelöst werden, die einen der Verantwortung entsprechenden politisch-moralischen Zustand der NVA und der Grenztruppen der DDR erforderten.

Trotz der Massendemonstrationen und der Sprachlosigkeit der Partei- und Staatsführung, aber auch der militärischen Führung zu den anstehenden Problemen galt es Ordnung und Sicherheit sowie die Grenzsicherung zu gewährleisten.

Zu den Befehlen Nr. 8 und 9/89, die noch von Erich Honecker und den Befehlen Nr. 11 und 12/89, die bereits von Egon Krenz als Vorsitzendem des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) unterzeichnet wurden:

Auch im Herbst 1989 sind wir, die militärische Führung, von dem Grundsatz ausgegangen, daß politische Probleme mit politischen Mitteln und auf politischem Wege gelöst werden müssen. In diesem Sinne habe ich die vier Sicherheitsbefehle des Vorsitzenden des NVR erarbeitet. Befehl Nr. 8/89 beinhaltete Aufgaben und Verantwortung der Bezirkseinsatzleitung Berlin im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR. Aus diesem Dokument ist ersichtlich, daß der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung Berlin, Schabowski, die volle Verantwortung für Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Berlin zu tragen hatte. Diesen Befehl haben außer ihm auch der Minister für Nationale Verteidigung, der Minister für Staatssicherheit und der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei erhalten.

Der Befehl Nr. 9/89 hat eine Vorgeschichte: Bekanntlich fand am 9. Oktober in Leipzig eine Demonstration mit 70 000 Menschen statt. Man rechnete für den 16. Oktober mit 120 000 bis 150 000 Teilnehmern.

Auf Anordnung von Egon Krenz sind wir am 13. Oktober gemeinsam mit ihm nach Leipzig geflogen, um uns mit der Bezirkseinsatzleitung zu beraten. Die Hauptaufgaben bestanden darin, keine Provokationen, keine Gewalt und keine Anwendung von Schusswaffen zuzulassen.

Auf dem Rückflug habe ich den Befehl Nr. 9/89 des Vorsitzenden des NVR Erich Honecker vorbereitet. Ich zitiere Punkt 5: „Der aktive Einsatz

polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. bei Gewaltanwendung gegen Objekte auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig. Der Einsatz der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.“

Bundespräsident Horst Köhler behauptete später: „Vor der Stadt standen Panzer. Die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schußwunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.“

Als seinerzeitiger Sekretär des NVR stelle ich demgegenüber fest: Kein einziger Panzer stand vor oder in Leipzig; kein Vorgesetzter hat der Bezirkspolizei einen Befehl oder eine Weisung



Heinz Keßler und Fritz Streletz mit ihrem Buch „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“

gegeben, ohne Rücksicht auf Demonstranten zu schießen; in Leipzig wurden nirgends Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt. Kein Arzt der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie der Leipziger Karl-Marx-Universität wurde in der Behandlung von Schußverletzungen eingewiesen. Das bestätigte der Direktor der Klinik Professor Karl-Friedrich Lindenau.

Der Befehl Nr. 11/89 wurde von mir auf Weisung von Egon Krenz am 3. November erarbeitet. Er beinhaltete Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt Berlin im Zusammenhang mit der geplanten Großdemonstration auf dem Alexanderplatz, zu der bis zu einer Million Menschen erwartet wurden. Auch dort hieß es: „Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.“ Der Befehl Nr. 12/89 über die Bildung einer operativen Führungsgruppe des NVR zielte darauf ab, wieder Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der DDR, vor allen Dingen in Berlin, durch abgestimmte Maßnahmen aller zuständigen Organe herzustellen.

Die vier genannten Befehle des Vorsitzenden des NVR stellten eine wichtige Voraussetzung dafür dar, daß es im Herbst 1989 in der DDR keine ukrainischen Verhältnisse mit Tausenden von Toten gegeben hat. Warum erfolgte 1989/90 kein Einsatz der Nationalen Volksarmee zur Verteidigung des Sozialismus in der DDR?

Der Verfassungsauftrag für die Nationale Volksarmee beinhaltete, die DDR gegen alle äußeren Feinde, gegen eine Aggression zu schützen. Die Bewaffnung, Ausrüstung, Ausbildung und Erziehung waren immer – vom Fahneid ausgehend – auf die Erfüllung dieser Hauptaufgabe ausgerichtet.

Nach den Grenzsicherungsmaßnahmen zu Westberlin am 13. August 1961 gab es keine Pläne für einen möglichen inneren Einsatz der Nationalen Volksarmee der DDR und der auf ihrem Territorium stationierten Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte.

Wichtig ist auch, daß weder die Verfassung der DDR noch das Verteidigungsgesetz einen Ausnahmezustand vorsahen. Es fehlte deshalb jede rechtliche Grundlage für einen Einsatz der NVA im Innern der DDR.

**Zu 2:** Am 27. Juni 1989 hatte Ungarn den Abbau der Grenzsicherungsanlagen veranlaßt. Es erhielt dafür von der BRD eine Wirtschaftshilfe von 500 Millionen Mark. In der Nacht vom 9. zum 10. September erfolgte mit großer Medienpräsenz die Grenzöffnung Ungarns zu Österreich. Über 60 000 Bürger verließen über diese Grenze die DDR.

Auch über die ČSSR nahm die Fluchtbewegung zu. Prag drohte, die Grenze zur DDR zu schließen. Es mußten deshalb durch die Partei- und Staatsführung der DDR Sofortmaßnahmen ergriffen werden.

Das Politbüro des ZK der SED hatte am 30. 10. 1989 beschlossen, dem Ministerrat der DDR zu empfehlen, ein neues Reisegesetz zu erarbeiten, den Entwurf

öffentlich zur Diskussion zu stellen und es mit Wirkung vom 20. 12. 1989 in Kraft treten zu lassen. Bis dahin sollte auch das Valuta-Problem für Reisegeld (pro Person 300 DM) geregelt sein. Durch die in Ungarn und der ČSSR eingetretene Situation konnte diese Frist nicht eingehalten werden. Deshalb beschloß das Politbüro, der am 9. November beginnenden 10. Tagung des ZK den Vorschlag zu unterbreiten, jenen Teil des Reisegesetzes, welcher sich mit der ständigen Ausreise aus der DDR befaßte, per Durchführungsbestimmung sofort in Kraft zu setzen. Am Morgen des 9. November kamen je zwei Oberste des MfS und des Mdl zusammen, um im Auftrag ihrer Minister und entsprechend der Vorgabe des Politbüro-Beschlusses einen Vorschlag zur Regelung des Problems der ständigen Ausreise zu erarbeiten. Der entsprechende Beschluß sollte noch am gleichen Tage vom Ministerrat gefaßt und mit Wirkung vom 10. November in Kraft gesetzt werden.

Die vier Oberste hielten sich aber nicht an den Befehl, nur einen Vorschlag zur ständigen Ausreise zu erarbeiten, sondern nahmen auch Bestimmungen für Privatreisen in den Ministerratsbeschluß mit auf.

Organe der DDR konnten und durften an der Berliner Grenze ohne Zustimmung der sowjetischen Seite (Westgruppe und Botschaft) keine eigenen Aktivitäten entwickeln.



Kundgebung am 9. 11. 2014 auf dem Alexanderplatz in Berlin

Die 10. Tagung des ZK der SED verlief sehr turbulent und ließ Zerstrittenheit erkennen. Egon Krenz gab dort den Text des Ministerrats-Beschlusses „Zeitweilige Übergangsbestimmungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR“ bekannt. Er war im Umlaufverfahren durch die Mitglieder des Ministerrates bereits bestätigt worden. Das Dokument wurde ohne größere Diskussion durch das ZK angenommen. In einer Pause übergab es Egon Krenz an Günter Schabowski, der den Beschluß auf der Pressekonferenz mitteilen sollte.

Als Schabowski die neue Reiseregelung bekanntgab, war er in völliger Unkenntnis über den Zeitpunkt, zu dem sie in Kraft treten sollte: 10. November, 4 Uhr. Auf die entsprechende Frage eines Journalisten antwortete er anscheinend spontan: „Ab sofort, unverzüglich!“ Beabsichtigt war hingegen, den Beschluß des Ministerrates erst ab nächsten Morgen in Kraft treten zu lassen, um den zu erwartenden Ansturm von Antragstellern auf die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei zu lenken. Statt des beabsichtigten kontrollierten Reiseverkehrs ab 10. November löste Schabowskis Mitteilung eine ganz andere Wirkung aus. Ohne jegliche Information und ohne Befehl der Führung standen die Mitarbeiter der Grenzübergangsstellen (GÜST) plötzlich Ansammlungen von Menschen gegenüber, die nach Westberlin wollten.

Kurz vor Beginn der ARD-Tagesschau stellte dpa um 19.45 Uhr Schabowskis Ankündigung als bereits vollzogene Tatsache dar: „Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen.“ Höhepunkt der Fernseh-Berichterstattung waren dann die ARD-„Tagesthemen“: „Reiseverkehr frei“, „Tore in der Mauer weit offen“, „Völlig komplikationslos nach West-Berlin“. Danach gab es für Tausende, ja Zehntausende Ost- und West-Berliner sowie Bewohner des Umlandes kein Halten mehr. Erst jetzt begann der Ansturm auf die Grenzübergänge. Gegen 1 Uhr waren alle Berliner GÜST geöffnet.

Am 10. November gegen 8 Uhr trafen die sieben Mitglieder der Operativen Führungsgruppe des NVR, die entsprechend Befehl Nr. 12/89 gebildet wurde, im Vorzimmer von Egon Krenz ein, wurden in ihre Aufgaben eingewiesen und nahmen die Arbeit auf.

Gleichzeitig hatte ich an diesem Tag die Aufgabe, engen Kontakt zum Oberkommandierenden der Westgruppe, Armeegeneral Snetkow, zu halten und ihn über alle wichtigen Ereignisse oder Entscheidungen zu informieren. Gegen 8.30 Uhr rief ich ihn an. Ich entschuldigte mich dafür, ihn nicht rechtzeitig über die geplante Öffnung der Grenzübergangsstellen in Berlin informiert zu haben. Das stieß auf Unverständnis. Ich versicherte Armeegeneral Snetkow, daß alle von uns eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Westgruppe

erfüllt würden. Bei der militärischen Grenz-sicherung zur BRD und zu Westberlin gebe es keine Abstriche.

Gegen 9 Uhr rief der sowjetische Botschafter Kotschemassow bei Egon Krenz an. Der gab den Hörer an mich weiter, da ich besser russisch spräche. Kotschemassow stellte mir die Frage: „Wer hat euch die Genehmigung zur Öffnung der Berliner Grenzübergangsstellen gegeben? Mit wem ist dieser Schritt abgestimmt worden?“ Bei einem weiteren Anruf des sowjetischen Botschafters ließ dieser wissen, Moskau sei über die Handlungsweise zur Öffnung der Berliner GÜST verstimmt. Im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR wäre es zweckmäßig, sofort ein Telegramm von Egon Krenz an Michail Gorbatschow zu schicken und die Gründe für unser Vorgehen in Berlin darzulegen. Egon Krenz beauftragte mich, ein solches Schreiben vorzubereiten. Zwischen den Gesprächen mit Botschafter Kotschemassow rief ich meine drei Partner, die Generalstabschefs in Moskau, Warschau und Prag an, um sie über die Lage zu informieren. Ich versicherte ihnen: „Wir werden wie bisher alle eingegangenen Bündnisverpflichtungen und Pläne der Zusammenarbeit erfüllen.“

Eine solche Grenzöffnung am 9. November 1989 in Berlin war weder mit der sowjetischen Partei- und Staatsführung noch mit dem sowjetischen Generalstab abgestimmt. Sie kam also für Moskau völlig unerwartet und wurde als Alleingang der DDR betrachtet.

Auch für die drei Minister der bewaffneten Organe der DDR kam die Öffnung der GÜST in Berlin völlig überraschend. Sie waren von diesem Schritt erst am 10. November, d. h. nach einer Vorbereitungszeit von 8 bis 10 Stunden, ausgegangen. Diese hätte vollkommen ausgereicht, um eine klare und abgestimmte Befehlsgebung bis nach unten durchzusetzen. Schabowski wußte als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung, der das gesamte Grenz-sicherungssystem in Berlin kannte und immer über die Lage an der Staatsgrenze allseitig informiert war, sehr genau, was seine Worte „Ab sofort, unverzüglich!“ auf die elf GÜST in Berlin für Auswirkungen haben mußten.

Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Motive ihr auch immer zugrunde lagen, hat unser Land an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Nur dem politisch bewußten Verhalten und besonnenen Handeln der Angehörigen der bewaffneten Organe sowie der strengen Einhaltung des Befehls Nr. 11/89 – kein Einsatz der Schußwaffe – ist es zu verdanken, daß die Ereignisse nicht eskalierten. Ein einziger Schuß an der Grenze hätte eine katastrophale Seitenreaktion auslösen können! In meiner Sicht ergeben sich aus den Ereignissen der „Maueröffnung“ folgende Schlußfolgerungen:

Die politische, staatliche und militärische Führung ist ihrer Verantwortung in dieser äußerst komplizierten Lage nicht in vollem Umfang gerecht geworden. Sie hat die Entwicklung in den brisanten Nachtstunden vom 9. zum 10. November dem Selbstlauf überlassen.

Grundlage dafür, daß trotz dieses unübersichtlichen und von niemandem erwarteten Ansturms auf die GÜST in Berlin alles friedlich verlief, war die klare Befehlsgebung durch die Vorsitzenden des NVR Erich Honecker und Egon Krenz, keine Gewalt und keinen Schußwaffeneinsatz zuzulassen. Ihre Befehle wurden von den Angehörigen der NVA, der Grenztruppen der DDR, des MfS und des Mdl unter schwierigsten Bedingungen strikt eingehalten.

**Zu 3:** Zu dem angeblichen Befehl, den die Westgruppe aus Moskau erhalten haben soll, während der „Wende“ in den Kasernen zu bleiben und die Objekte nicht zu verlassen, sei nur so viel gesagt: Nach meiner Kenntnis hat es einen solchen Befehl nicht gegeben.

Am 13. Oktober haben Egon Krenz und ich den Befehl 9/89 des NVR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Leipzig Erich Honecker vorgelegt.

In diesem Zusammenhang wurde er darüber informiert, daß die Monate September und Oktober sowohl für die Nationale Volksarmee als auch für die Westgruppe eine Zeit intensiver Übungstätigkeit mit Gefechtsschießen und Inspektionen waren und seien.

Für die NVA wurden die entsprechenden Aktivitäten auf Grund der entstandenen politischen Lage abgesetzt. Geschlossene Truppenteile sollten die Kasernen nicht mehr verlassen. Für die Westgruppe gab es derartige Festlegungen nicht.

Erich Honecker beauftragte mich, mit dem Oberkommandierenden der Westgruppe, Armeegeneral Snetkow, Verbindung aufzunehmen und ihn zu bitten, nach Möglichkeit in den nächsten Tagen keine Truppenbewegungen in den Räumen Halle/Leipzig, Dresden und Potsdam/Berlin durchzuführen. Dieser Bitte ist Armeegeneral Snetkow nachgekommen. Der Oberkommandierende brachte mir gegenüber zum Ausdruck, daß die Gruppe immer bereit sei, ihren Waffenbrüdern der NVA die erforderliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

*Der hier abgedruckte Text wurde einem längeren Material des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR entnommen. Es trägt die Überschrift „Zeitzeugen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahr 1990“.*

**In Absprache mit dem Autor gekürzt und redigiert durch die Redaktion des RF**

# Zentralbank der Volksrepublik hält Devisenreserven von knapp vier Billionen Dollar China – größter Gläubiger der USA

Mitte dieses Jahres erreichten die von der Zentralbank Chinas gehaltenen Devisenreserven knapp vier Billionen (also 4.000.000.000.000) Dollar. Fünf Jahre zuvor war die Summe noch halb so groß. Der Währungsschatz der Volksbank Chinas, wie die Zentralbank offiziell heißt, ist der bei weitem größte Schatz an Vermögenswerten, der von irgendeinem Staat dieser Erde gehalten wird. Die nach China größten Devisenreserven halten derzeit nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) Japan (1,25 Bill. \$), Saudi-Arabien (733 Mrd. \$), die Schweiz (521 Mrd. \$) und Rußland (432 Mrd. \$). Die Volksbank Chinas macht selbst keine Angaben, in welcher Form und welchen Währungen die Reserven gehalten werden. Noch vor zehn Jahren bestand der weitaus überwiegende Teil der Reserven aus auf Dollar lautenden Staatsanleihen der USA. Das US-Finanzministerium seinerseits gibt an, daß die Zentralbank Chinas Ende vergangenen Jahres US-Staatsanleihen im Wert von 1,22 Bill. Dollar hielt und damit der größte Einzelgläubiger der USA war.

Wie kommt es zu diesen merkwürdigen Verhältnissen? Warum wird das noch immer bei weitem mächtigste und reichste Land der Erde – die Vereinigten Staaten – zu einem erheblichen Teil von einem immer noch relativ armen Land finanziert, das bis vor kurzer Zeit noch als Entwicklungsland bezeichnet wurde? Einem Land, das von einer dem Namen nach kommunistischen Partei geführt wird und das von den USA selbst als größte potentielle Bedrohung für ihren Status als imperialistische Hauptmacht angesehen wird? Wie kommt es, daß China überhaupt in dieser Größenordnung Kapitalexpert betreibt und sich damit geradezu klassisch als imperialistische Macht qualifiziert?

## In den Monopolkapitalismus katapultiert

Die ganz allgemeine Antwort auf diese Fragen besteht in der Feststellung, daß der Prozeß der globalen Vergesellschaftung der Arbeit das bevölkerungsreichste Land der Erde in einer historisch kurzen Zeit von etwa 30 Jahren erfaßt hat. Dieses Land wurde so von einer gerade erst beginnenden sozialistischen Entwicklung in einen vom Monopolkapitalismus geprägten Entwicklungsstand katapultiert, der es dank seiner Größe zum natürlichen Konkurrenten um die Vorherrschaft innerhalb des imperialistischen Weltsystems macht. Eine so gewaltige Akkumulation von Kapital hat noch nie zuvor so schnell stattgefunden. Noch nie zuvor ist eine Bourgeoisie so schnell zu solch ökonomischer Größe und Mächtigkeit angewachsen.

Damit dieser wahrhaft große Sprung möglich wurde, waren bestimmte Voraussetzungen in China selbst nötig. Es waren aber auch Voraussetzungen in der Entwicklung des Weltkapitalismus nötig. Zu letzterem gehörten der Aufbau eines überdimensionierten Finanzsektors in der Weltwirtschaft und die Fähigkeit und die Bereitschaft der USA – des

wirtschaftlich mächtigsten Landes auf dem Globus – sich zu verschulden.

Die bei der Volksbank Chinas angehäuften riesigen Dollarbeträge sind Ausdruck dafür, daß die USA und China in den letzten zwei Jahrzehnten in einem engen symbiotischen

europäischer Banken und anderer Kapital-sammelstellen in strukturierte Kreditprodukte aus den USA, die aus Hypotheken oder Kreditkartenschulden bestanden und zum Auslöser der noch tobenden Finanzkrise wurden. Bemerkenswert am Gläubigersta-



Die Sonderwirtschaftszone Shenzhen wurde frühzeitig eingerichtet.

Verhältnis zueinander standen. Die finanziellen Zuwendungen – nichts anderes geschieht beim Kauf einer Staatsanleihe – des Schwachen an den Starken hatten und haben nicht etwa den Charakter von Tributzahlungen. Vielmehr dienten die USA dem Herausforde-



Chinas Banknoten tragen das Bild Maos.

rer als Absatzmarkt. Dank der stetig wachsenden Nachfrage nach Konsumgütern in den USA konnte in China eine rasch wachsende Industrie entstehen. Sie wiederum war eine Voraussetzung für die schnelle wirtschaftliche Entwicklung Chinas in den letzten zwei Jahrzehnten.

## US-Nachfrage fördert Chinas Exporte

Nicht nur China war im jüngsten Weltwirtschaftsaufschwung vor der Finanzkrise auf den Nachfragesog aus den USA angewiesen. Viele Länder profitierten davon, daß im reichsten Land der Erde eine scheinbar unerschöpfliche Nachfrage bestand. Bekannt oder besser berüchtigt sind die Investitionen

Chinas ist aber, daß er sich in den offiziellen Reserven der Notenbank niederschlägt. In anderen Ländern sind es private Vermögensverwalter und Geschäftsbanken, die Finanztitel aus den USA anhäufen. Zweitens verlief die Akkumulation an US-Finanzguthaben durch China außergewöhnlich schnell. Der Grund für beides ist das chinesische Wechselkursregime. Der Kurs der chinesischen Volkswährung Renminbi ist nicht dem Devisenmarkt überlassen – da ist China noch vom früheren Sozialismus geprägt. Alle von chinesischen Exporteuren im Ausland verdienten Geldbeträge müssen in chinesische Yuan getauscht werden. Diese vorwiegend Dollar- aber auch Euro- oder Yen-Beträge blähen somit direkt die Devisenguthaben der chinesischen Zentralbank auf. Die Exporteure erhalten dafür von der Zentralbank frisch geschaffene Yuan, was die Menge des umlaufenden Geldes in China massiv erhöht.

Das Verhalten Chinas ist unter den obwaltenden Umständen rational. China nutzte die in den USA weitgehend durch Kredit finanzierte Nachfrage, um in einem beispiellosen Kraftakt eine starke Exportindustrie aufzubauen. In der Anfangsphase geschah dies mit staatlichen Mitteln: chinesischen, aber auch ausländischen Investoren wurden sehr günstige Kredite gewährt. Nach dieser Aufbau-phase stellte die Finanzierung kein Problem mehr dar, weil ausländisches Kapital ins Land drängte und die Erlöse aus den Exporten sprunghaft wuchsen. Entscheidend war jedoch, daß die chinesische Führung jederzeit die Kontrolle über den Kapitalverkehr mit dem Ausland behielt. Der Wechselkurs des Yuan-Renminbi wurde niedrig genug



**Noch immer gehören Millionen Wanderarbeiter zum Bild des Landes.**

gehalten, um die Konkurrenzfähigkeit chinesischer Exportprodukte zu gewährleisten. Die US-Regierung und mit ihr die Regierungen der sieben größten kapitalistischen Länder (G7) forderten von China, die Kontrolle der eigenen Währung zugunsten eines vom Devisenmarkt bestimmten Kurses aufzugeben. In diesem Punkt blieb die chinesische Regierung jedoch hart. Erst seit Juli 2005 ließ sie eine mäßige Aufwertung des Renminbi zu.

Lange bevor die Finanzkrise 2007 ausbrach, wurde offensichtlich, daß die bei der Zentralbank angehäuften Dollarreserven für China keine im Sinne der Anlagestrategie eines Fonds sinnreiche Investition waren. Seit 2001 befand sich der Dollar im Abwärtstrend. Die geringen Zinsen, die auf US-Staatsanleihen gezahlt werden, konnten die Verluste des Dollars gegenüber den meisten anderen Weltwährungen (einschließlich des kontrolliert teurer werdenden Renminbi-Yuan) nicht kompensieren. Aber für China war die Anhäufung von Dollarreserven ja nur eine Nebenerscheinung. Der Zweck der Angelegenheit war Verkaufsförderung für chinesische Exporte oder anders gesagt „Marktpflege“. Beobachter weisen auf die geschichtliche Parallele der frühen Bundesrepublik hin. Westdeutschland häufte bis in die frühen 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts durch die – dank einer unterbewerteten Währung – hohen Exporte viele Milliarden an Dollar- und Goldreserven an. Sie werden unverändert von der Deutschen Bundesbank gehalten. Auch sie war mehrfach gezwungen, wegen des gesunkenen Dollarkurses diese Reserven bilanziell abzuwerten.

### **Ziel ist die Öffnung des Kapitalmarktes**

Spätestens die Finanzkrise seit 2007 hat gezeigt, daß das Akkumulationsmodell Chinas auf Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Die globale Verschuldung, aber insbesondere die der USA, kann nicht mehr nennenswert gesteigert werden. Der Export von Waren in die USA wächst nur noch mäßig. Die hohen Devisenreserven Chinas könnten es dem Land erleichtern, den Binnenmarkt stärker zu entwickeln und so mitten in der

globalen Überproduktionskrise weiter relativ stärker zu wachsen als andere kapitalistische Länder. Das setzt allerdings kräftige Lohnsteigerungen, eine Änderung der staatlichen Umverteilung zugunsten der breiten Massen und eine Schwächung der jungen heimischen Monopolbourgeoisie voraus. Es sieht zur Zeit aber danach aus, als würden Partei- und Staatsführung eine andere Strategie verfolgen. Sie läuft darauf hinaus, den



**Auf den Straßen der chinesischen Metropolen ist es eng geworden.**

Kapitalmarkt Chinas gegenüber dem Ausland zu öffnen, den Finanzsektor des Landes weiter auszubauen und damit – auf der Grundlage einer noch starken Realwirtschaft – die Vorherrschaft des Dollars und des US-Finanzkapitals zu brechen. Das ist keine neue Entwicklung. Schritte dorthin waren bisher eine Stärkung der heimischen Börsen und die Öffnung des Aktienmarkts für ausländische Investoren, die Teilprivatisierung der Banken, das stärkere Engagement des Staatsfonds nicht nur bei Rohstoff- und Industrie-, sondern auch bei Finanzkonzernen im Ausland.

Das wird flankiert von einer Reihe bilateraler Abkommen mit anderen Staaten, die es beiden Seiten ermöglicht, in der jeweils anderen Währung Zahlungen abzuwickeln. Mit den wichtigsten EU-Staaten – darunter der BRD – bestehen mittlerweile solche Abkommen. Der geplante Effekt tritt bereits ein. Der bisher im internationalen Zahlungsverkehr mit 43 Prozent dominierende US-Dollar wird weiter an Bedeutung verlieren. Wenn das Gewicht des Renminbi im Zahlungsverkehr von jetzt nicht einmal zwei Prozent zunimmt, steigen auch die Bestände der chinesischen Währung im Ausland. Das würde die Währung zur Weltreserve-Währung machen, vergleichbar vielleicht mit dem Euro heute, über den knapp 30 Prozent des internationalen Zahlungsverkehrs abgewickelt werden.

Die Vorteile einer solchen Entwicklung sind offensichtlich. Die Geldschöpfungsgewinne, die den Emittenten eines Zahlungsmittels zufallen, würden für den chinesischen Staat und die chinesischen Banken kräftig steigen und dem US-amerikanischen Finanzkapital verlorengehen. Entsprechend würde das chinesische Finanzkapital in die Lage versetzt, es mit der imperialistischen Konkurrenz auch auf dem internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen.

Allerdings ist eine enge Kontrolle des Kapitalverkehrs durch die chinesische Volksbank und Regierung, wie sie bisher bestand, dann

nicht mehr möglich. Eine solche Weltwährung – vergleichbar dem Euro oder gar dem Dollar – zu kontrollieren, wird überhaupt schwerer. Sie gegen den Kurs des Finanzkapitals, sei es US-amerikanisch, Euro-deutsch oder chinesisch in Stellung zu bringen, um einen sozialistischen oder auch nur sozialen Kurs in die Wege zu leiten, ist ausgeschlossen, selbst wenn die chinesische Staatsführung es irgendwann einmal wollen sollte.

**Lucas Zeise, Frankfurt/Main**

Aus „Theorie und Praxis“ (T & P), Januar 2015.  
Der Autor ist Finanzjournalist und Publizist.